

»Politik gegen die Armen«

Diakoniechef Wolfgang Gern hält vorgesehene Hartz IV-Erhöpfung für »nicht nachvollziehbar«

FRANKFURT a. M. Die Neuregelung des Hartz-IV-Regelsatzes stößt bei sozialen Verbänden und in der evangelischen Kirche zum größten Teil auf schroffe Ablehnung.

Die Nationale Armutskonferenz hat die beschlossene Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes für Erwachsene um fünf Euro monatlich als »demütigend und respektlos« bezeichnet. Die geplante Erhöhung sei »lebensfremd« und schütze nicht vor Armut, sagte der Sprecher der Nationalen Armutskonferenz und hessen-nassauische Diakoniechef Wolfgang Gern.

»Die Neuberechnung ist weder realistisch noch bedarfsgerecht noch nachvollziehbar, wie es das Bundesverfassungsgericht im Februar gefordert hat«, kritisierte Gern. Er erinnerte daran, dass nach dem Urteil auch die Regelleistungen für Kinder überprüft werden sollten. »Die Kinderregelsätze hätten angehoben werden müssen«, erklärte Gern.

Nach der Streichung des Elterngelds für Hartz-IV-Bezieher werde jetzt abermals nicht Politik gegen die Armut, sondern gegen die Armen gemacht, kritisierte der Sprecher der Armutskonferenz. »Wer für Banken einen milliardenschweren Rettungsschirm aufspannt, darf arme Menschen nicht im Regen stehen lassen«, sagte Gern. Die Armutskonferenz und die Diakonie forderten schon seit Jahren eine Erhöhung des Regelsatzes auf mindestens 420 Euro im Monat.

Die angekündigte Neuregelung der Hartz-IV-Sätze bedarf aus der Sicht der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Diakonie einer genauen Überprüfung. »Dass die Erhebungen des Statistischen Bundesamts nach der Deutung der Bundesregierung eine Erhöhung der Sätze um nur fünf Euro nahelege, ist sehr verwunderlich«, erklärte der amtierende Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider. Die Bundesregierung müsse ihre Berechnungen offenlegen, forderte er. Erst wenn

die Zahlen auf dem Tisch liegen, könne der Bundestag über die Reform beraten und entscheiden. Grundsätzlich sei es aber zu begrüßen, dass die Bundesregierung zusätzlich Sachleistungen für Kinder aus einkommensschwachen Familien zur Verfügung stellen wolle.

Es bleibe ein dringendes Anliegen, die Situation dieser Kinder zu verbessern. Dazu sei es wichtig, dass die Sachleistungen für Kinder zeitgleich mit der Anpassung der Regelsätze zum Tragen kommen. Kinder dürften durch die Form der Leistungen, so Schneider, nicht diskriminiert oder stigmatisiert werden.

Nach Meinung des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands hat Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen bei den neuen Hartz-IV-Sätzen mit einer statistischen Verfälschung gearbeitet. Die Bundesregierung versuche, den Regelsatz von kinderlosen Erwachsenen zu drücken, so Geschäftsführer Ulrich Schneider. epd